

# Stadtrat schafft Entsorgungscoupons ab – Gemeinderäte fordern sie zurück

Als es um Recycling geht, wird es im Stadtzürcher Parlament emotional



«Gratis zum Mitnehmen»: Die Art und Weise, wie Sperrgut entsorgt werden soll, gab im Gemeinderat zu reden. SIMON TANNER / NZZ

OLIVER CAMENZIND

Wo gelebt wird, entsteht Abfall. Und dieser Abfall muss irgendwann entsorgt werden. Wie das geschieht, ist dabei völlig gleichgültig. Die Hauptsache ist schliesslich, dass es in der Stadt einigermaßen sauber und wohnlich bleibt. So läuft das in weiten Teilen der Welt – nicht aber im ordentlichen Zürich.

Wenn es um Recycling-Fragen geht, werden die Zürcherinnen und Zürcher emotional. Eine Kostprobe dieser Leidenschaft bewies am Mittwoch der Zürcher Gemeinderat.

Der Hintergrund der emotional geführten Debatte war dieser: Anfang des Monats hat der Stadtrat beschlossen, dass die kostenlosen Entsorgungscoupons abgeschafft werden. Diese erlaubten es jedem Zürcher Haushalt, pro Jahr bis zu 400 Kilogramm Sperrgut gratis in einem Recyclinghof abzugeben.

Der Stadtrat befand, dass dies zu unnötigen Autofahrten durch die Stadt führe. Ausserdem hätten Menschen ohne Auto – von denen es immer mehr gebe – nichts von dem Angebot. Des-

halb schaffte die Regierung die Coupons kurzerhand ab. Stattdessen sollen Zürcherinnen und Zürcher künftig mehr mobile Angebote wie das Cargo-Tram oder die neuen Recycling-Lastwagen nutzen.

## Fünf Postulate

Diese mobilen Entsorgungslastwagen seien während zweier Jahre ausgiebig getestet worden. Nun solle das Angebot verstetigt werden – «aufgrund der positiven Rückmeldungen», die man bekommen habe. Dies teilte Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) am Mittwochnachmittag mit.

Bereits im vergangenen Sommer hätten die Lastwagen an zusätzlichen, ursprünglich nicht vorgesehenen Standorten haltgemacht. Nun soll das Angebot bis 2026 weiter ausgebaut werden: Bis zu 30 neue Standorte sind demnach geplant. Das Cargo-Tram wird ebenfalls 2026 «altersbedingt ausgemustert».

Doch gegen diese Pläne wehrte sich die Politik mit ebensolcher Vehemenz wie gegen die Erklärung, dass die Cou-

pons der Vergangenheit angehören sollen. Der Gemeinderat hatte gleich fünf Postulate zu diesem Thema zu behandeln. Eingereicht hatten sie Vertreter von SVP, FDP, EVP, Mitte und AL. Die Postulate hatten eines gemeinsam: Sie verlangten, dass der Stadtrat seinen Entscheid überdenke.

Stephan Iten von der SVP fasste die Stimmung im Rat folgendermassen zusammen: Dass die Stadt ihr Recycling-Angebot näher zu den Menschen bringen möchte, sei zwar zu begrüssen. «Das darf aber nicht auf Kosten der bisherigen Möglichkeiten gehen.» Iten forderte per Postulat, dass die Coupons beibehalten würden.

Diese hätten sich seit ihrer Einführung 2003 nämlich bewährt. Sie stellten ein effektives Mittel gegen illegales Entsorgen dar. Die Modelle, die dem Stadtrat vorschweben, bezeichnet Iten als unpraktisch: Recycling-Tram und -Lastwagen seien nur werktags unterwegs, kritisierte er. Wer Vollzeit arbeite, profitiere davon nicht.

Der Stadtrat will ausserdem verbieten, dass die Haltestellen des Cargo-

Trams mit dem Auto angefahren werden. Erwartbar sei daher eine deutliche Verschlechterung der Situation, so Iten: «Es fährt doch keiner seinen alten Kühlschrank mit dem Velo zum Cargo-Tram!»

Jehuda Spielman von der FDP brachte einen Vorschlag ein, wie dieses Problem zu lösen wäre. Spielman schwebt vor, dass jedes Quartier eine eigene Entsorgungsmöglichkeit bekommt, die zu Fuss erreichbar und zu Randzeiten verfügbar ist.

«Am besten wäre eine Lösung, bei der man die Ware abholen lassen kann», findet Spielman. Er stellt sich

«Es fährt doch keiner seinen alten Kühlschrank mit dem Velo zum Cargo-Tram!»

Stephan Iten  
SVP-Gemeinderat

eine App vor, über die man eine Abholung kurzfristig bestellen und zugleich bezahlen kann. Bis das realisiert sei, seien die Coupons als Übergangslösung beizubehalten.

Einen Abholservice gibt es zwar schon heute. Doch dieser muss bis zu 10 Tage im Voraus gebucht werden und kostet mindestens 86 Franken – und

nochmals so viel, wenn das Aufladen des Abfalls länger als eine Viertelstunde dauert. Dieser Preis gehöre deutlich gesenkt, forderte die AL.

## «Eine sympathische Lösung»

Simone Brander, die Vorsteherin des Tiefbaudepartements und oberste Chefin von ERZ, verteidigte ihre Pläne am Mittwochabend vor dem Gemeinderat leidenschaftlich: Die Coupons seien «eine sympathische Lösung» gewesen. Auch ihr habe es zuerst leidgetan, dass damit nun Schluss sein solle. «Aber die Fakten haben mich überzeugt.»

Fakt sei zum Beispiel der Umstand, dass jeweils bloss 10 Prozent aller Entsorgungscoupons eingelöst worden seien. Folglich habe man den meisten Haushalten etwas geschenkt, was gar nicht gefragt gewesen sei. Dieses Verhältnis werde künftig verbessert. Möglichst alle sollten ihren Unrat möglichst einfach entsorgen können – dies sei mit den Plänen von ERZ sichergestellt.

Fakt sei schliesslich auch, dass die Entsorgungskosten in letzter Zeit immer nur gesunken seien. Dies habe sich beispielsweise in den günstigeren Sackgebühren ausgedrückt. Ein 35-Liter-Sack kostet seit Anfang 2023 bloss noch 1 Franken 30 statt wie vorher 1 Franken 70.

Simone Brander empfahl dem Gemeinderat, bis auf jenes von Jehuda Spielman sämtliche Postulate abzulehnen. Und ihr Wort hatte Gewicht: Bei der Schlussabstimmung um halb zehn folgte ihr der Rat in vier von fünf Punkten.

## Löhne der Gemeinderäte kommen vors Volk

Es war eine lange und emotionale Debatte, als die Zürcher Gemeinderäte vor drei Wochen ihre Gehälter besprachen. Für linke und grüne Parlamentarier war klar, dass die politische Arbeit besser mit Beruf und Familie vereinbar sei, wenn sie besser honoriert werde.

FDP und SVP dagegen lehnten den Vorschlag ab. Die vorgeschlagene Erhöhung der Entschädigungen ging ihnen zu weit. Sie stellten sogar grundsätzlich infrage, ob der Gemeinderat über sein eigenes Salär befinden solle, und drohte damit, die Sache vors Volk zu zeren. Dies wird nun gar nicht notwendig sein. Am Mittwochabend teilten die Fraktionen SP, Grüne, GLP, Mitte/EVP und AL mit, dass sie gegen ihren

eigenen Beschluss das Parlamentsreferendum ergreifen wollen. Somit kommt das Ansinnen vor das Stimmvolk.

Die FDP reagierte «befremdet» über dieses Vorgehen. Es sei «absurd», dass die FDP-Fraktion nicht wegen der Mitunterzeichnung des Referendums angefragt worden sei, obwohl die Ankündigung desselben ursprünglich auch von der FDP ausgegangen sei. In der Sache begrüsst die FDP das Referendum aber.

Die SVP hält das Manöver für «durchschaubar»: Es gehe den beteiligten Fraktionen bloss darum, sich bei der Bevölkerung «anzubiedern» – aus Angst, der SVP recht geben zu müssen, die von Anfang an gegen die Erhöhung der Saläre gewesen sei.

## Weiterhin Werbung im öffentlichen Raum

Die Forderung der AL nach einem Reklameverbot geht dem Stadtrat zu weit – er macht aber Zugeständnisse

ANDREA MARTI

Der Zürcher Stadtrat ist gegen ein Verbot von Werbung im öffentlichen Raum. Das schreibt die Regierung am Mittwoch als Antwort auf einen Vorstoss der AL. Die Partei fordert, dass kommerzielle Werbeflächen im öffentlichen Raum der Stadt abgeschafft werden. Werbung «heizt die Konsumkultur an», kritisiert die AL. Die einzigen Ausnahmen des Werbeverbots der AL wären: Werbung für lokale Veranstaltungen, zur politischen Meinungsbildung sowie zur Beschriftung von Geschäften und Informationen der öffentlichen Hand.

Dem Stadtrat geht die Forderung der AL zu weit: Sie stelle einen «massiven und einseitig regulativen» Eingriff in die lokale Wirtschaft dar. Die Stadt gibt zu bedenken, dass die Einnahmen aus den Werbeeinnahmen nach einem Verbot zu «internationalen Konzernen» fliessen würden. Diese prägen

den Werbemarkt, schreibt der Stadtrat. Das wäre zum Nachteil der Stadtkasse: Die 3377 Werbeflächen in der Stadt generieren jedes Jahr 28 Millionen Franken Einnahmen.

## Verweis auf Gemeindeordnung

Dabei beachte die Stadt bei der Vergabe Vorgaben aus den Varög, den Vorschriften über das Anbringen von Reklamanlagen im öffentlichen Grund. Darin ist unter anderem geregelt, dass in der Altstadt keine Leuchtkästen aufgestellt werden dürfen und an Balkonen keine vorstehende Werbung angebracht werden darf. Oder, in den Worten der Stadt: Die Verordnung sorgt für einen «vertraglichen Betrieb» der Werbung in der Stadt. Ausserdem, schreibt die Stadt weiter, habe Werbung in Zürich seit über 120 Jahren Tradition. Die Bevölkerung akzeptiere die Werbung auf öffentlichem Grund – zumindest mehr als andere Werbeformen.

Die AL sieht das anders: Gerade weil öffentlicher Raum nicht blockiert werden könne, sei sie besonders störend. «Die Bevölkerung braucht keine ständigen Erziehungsbotschaften», schreibt die Partei im Vorstoss. «Sie weiss ihre Bedürfnisse gut ohne ständige Manipulationsversuche durch Werbeversprechen zu befriedigen.»

Werbung heize «den Ressourcenverbrauch und die fortschreitende Umweltzerstörung» an, kritisiert die Partei weiter. Damit wirke sie den Klimazielen der Stadt entgegen. Die AL verweist auf den Artikel 152 der Gemeindeordnung, wo das Netto-Null-Ziel der Stadt festgeschrieben ist. Das soll auch erreicht werden, indem weniger Fast Fashion gekauft wird. «Die meiste Werbung läuft dem Ziel der Stadt Zürich, die indirekten Treibhausgasemissionen deutlich zu reduzieren, entgegen», kritisiert die AL.

Anfang Jahr vermietete die Stadt eine Werbefläche an einem Baugerüst um ein Hochhaus der Stadt an den Modehänd-

ler Zalando. Dieser steht immer wieder in der Kritik: Weil zurückgeschickte Kleider nicht wiederverkauft werden, gilt Zalando als umweltschädlich. Davor hat die Stadt die gleiche Werbefläche an den Reiseveranstalter TUI vermietet, der (Flug-)Reisen ans Meer anbietet. Ebenfalls den Klimazielen der Stadt nicht zuträglich, wie die AL findet.

Rechtlich betrachtet darf die Stadt durchaus Werbeflächen an solche Unternehmen vermieten. Laut der Werbeabteilung der VBZ ist Werbung nur in wenigen Fällen verboten: wenn sie politischer Natur, anstössig oder diskriminierend ist und wenn sie Alkohol oder Zigaretten anpreist.

## Kein Ersatz für Bildschirme

Der Stadtrat kommt der AL nun aber in einem Punkt entgegen und handelt bei den Werbeflächen. Die «schlechtere Ökobilanz digitaler Werbeanlagen im Vergleich zur analogen Plakatierung»

sei erkannt, schreibt die Stadt. Weil die digitalen Werbeflächen aber um ein Vielfaches wirtschaftlicher sind, ist die Stadt momentan daran, diese Anlagen zu ersetzen. Das stoppt der Stadtrat jetzt, zumindest bis 2030. Dann wolle man weiterschauen. Weil die «ökologische Verträglichkeit der Anlagen von möglichen technischen Neuerungen profitieren könnte», könnte der Ersatz der Papierwerbung nach 2030 weitergehen.

Noch vergangenes Jahr hat der Stadtrat eine ähnliche Forderung der linken Parteien abgelehnt. Sie wollten ein Verbot der Werbeflächen in der Stadt. Schon damals bezeichneten die Unterstützer der Forderung die Bildschirme als «sinnlose Energieverschwendung». Der Stadtrat lehnte die Abschaffung der Bildschirme ab und verwies auf den Verlust von Werbeeinnahmen. Die rund 25 Millionen Franken kämen zu grossen Teilen den VBZ und damit dem ökologisch sinnvollen öffentlichen Verkehr zugute.